

Aus: [Ausgabe vom 08.08.2017](#), Seite 5 / Inland

# Zockende Kommune

## Stadt Pforzheim wettete auf hochriskante Geschäfte mit Derivaten. Die ehemalige FDP-Oberbürgermeisterin steht nun wegen Untreue vor Gericht

Von Stefan Thiel



Christel Augenstein (hier auf einem Wahlplakat im Jahr 2009) machte für Pforzheim so einiges: Kommunales Eigentum privatisieren und öffentliches Geld verspekulieren

Foto: Ronald Wittek dpa/lsw

Vom Juli 2001 bis zum Juli 2009 kam die Bevölkerung der baden-württembergischen Stadt Pforzheim in den Genuss einer FDP-geführten Kommunalpolitik. In diese Zeit fallen auch die hochriskanten und für die Gemeinde äußerst verlustreichen Finanzgeschäfte, deren strafrechtliche Aufarbeitung ab heute vor dem Landgericht Mannheim stattfinden soll. Dort müssen sich die damalige FDP-Oberbürgermeisterin Christel Augenstein, die Kämmerin, deren Stellvertreter sowie zwei Banker wegen Untreue bzw. Beihilfe verantworten.

Christel Augenstein machte in ihrer Amtszeit das, was man von einer FDP-Politikerin erwarten kann: Ganz oben auf der Agenda stand die »Konsolidierung« des Haushalts – mit den gängigen neoliberalen Mitteln. So fällt in diese Zeit beispielsweise die Privatisierung

des städtischen Klinikums. Außerdem erhielt Augenstein 2007 zusammen mit der Mehrheit des Gemeinderats vom Landesverband des Vereins »Mehr Demokratie« die Negativauszeichnung »Demokratiegurke«. Nach Auffassung des Vereins hatte sie das angestrebte Bürgerbegehren gegen die Privatisierung der kommunalen Verkehrsbetriebe mit »vielfältigen Aktivitäten« erfolgreich scheitern lassen.

Offenbar reichten die Privatisierungen aber nicht aus, um den städtischen Haushalt wieder »in Ordnung« zu bringen. Jedenfalls war man im Rathaus der Meinung, sich auch noch an die Finanzmärkte begeben zu müssen, um dort Geschäfte zur Zinsabsicherung mittels Wetten auf sogenannte Swap-Derivate zu tätigen. Pforzheim war da Anfang des Jahrtausends kein Einzelfall, viele Städte wollten ihre schlechte Haushaltslage verbessern und weiterer Überschuldung vorbeugen. Die damalige Begeisterung für Finanzwetten, schilderte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)* am Montag wie folgt: »Die sogenannten ›Swap‹-Derivate waren scheinbar risikolose Wetten über die kurz- und langfristige Entwicklung von Zinsen oder Währungen, was manchen Kämmerer verführte, den Haushalt aufzuhübschen.« Wie das Blatt weiter schreibt, wies sogar der Deutsche Städtetag die Kommunen unverbindlich auf diese Option »modernen Schuldenmanagements« hin. Die entsprechenden »Finanzprodukte« stellten dann Geldhäuser wie die Deutsche Bank oder die damalige Landesbank West LB gerne zur Verfügung.

Folgt man der *FAZ* übersahen viele Kommunalpolitiker schlicht die damit verbundenen Risiken. Ob sie aus Überforderung, Inkompetenz oder ideologischer Verblendung handelten, sei an dieser Stelle dahingestellt. Jedenfalls war auch Pforzheims Oberbürgermeisterin – ihres Zeichens immerhin Diplom-Finanzwirtin – nicht in der Lage oder nicht Willens, den Verlockungen der Finanzindustrie zu widerstehen. Anfangs wurden die Geschäfte zur Zinsabsicherung noch mit dem Gemeinderat abgestimmt. Ab dem Jahr 2004 soll sich das dann aber geändert haben: In den darauffolgenden Jahren soll die Kämmerin Susanne W. weitere Derivate-Geschäfte abgeschlossen haben, welche nicht mehr bloß der Absicherung, sondern der Gewinnerzielung dienten. Bei den ursprünglichen Deals mit der Deutschen Bank waren Verluste eingetreten. Erst zwei Jahre später soll die Kämmerin Augenstein darüber informiert haben. Gegensteuern wollten die beiden Damen dann mit hochriskanten sogenannten Spiegel-Swaps der US-Investmentbank JP Morgan.

2007 war abrupt Schluss mit der Zockerei: In der Finanzkrise funktionierten die Zinswetten schlicht nicht mehr. Die Zinsen für kurzfristige Restlaufzeiten lagen plötzlich über denen für langfristige. Da Bürgermeisterin und Gemeinderat aber kein Interesse daran zeigten die Risikoanlagen aufzulösen, sammelte die Stadt ordentlich Verluste an. Zwischenzeitlich drohte ein finanzieller Schaden von bis zu 77 Millionen Euro. Letztlich blieb der Stadt ein Defizit von rund 56 Millionen. Allerdings gelang es der Kommune, über zivilrechtliche Vergleiche, einen großen Teil des verzockten Geldes wieder zurückzubekommen.

Mit den abenteuerlichen Finanzpraktiken der Stadt Pforzheim beschäftigt sich die Staatsanwaltschaft seit nunmehr gut siebeneinhalb Jahren. So fand Ende November 2009 eine Durchsuchung in Augensteins Privatwohnung statt. Im heute beginnenden Prozess geht es nicht mehr um die bereits erwähnten 56 Millionen, sondern konkret um 13 Millionen Euro Gebühren und Transaktionskosten für mutmaßlich illegale Derivate-Geschäfte. Im Kern

werden die Richter die Frage zu klären haben, ob die FDP-Frau und die weiteren Beteiligten die damalige Lage richtig erkannt und damit ganz bewusst zum Nachteil der Kommune gehandelt haben. Die *FAZ* verwies am Montag darauf, dass dies auch davon abhängen dürfte, wie der Vorgang im Kontext der geltenden Verwaltungsvorschriften zu bewerten sei. Nach der baden-württembergischen Gemeindeordnung hätten die Kommunen zwar gewisse Spielräume zur »Zinsoptimierung« von Darlehen, Spekulationsgeschäfte seien ihnen aber verboten. Für das Verfahren vor dem Landgericht Mannheim sind bis Januar nächsten Jahres bereits 26 Termine angesetzt. Im Falle einer Verurteilung drohen den Angeklagten bis zu fünf Jahre Gefängnis.